



Maria Klein-Schmeink Newsletter

Newsletter von Maria Klein-Schmeink | Mai 2011

Dieser Frühling ist grün!

Herzlich willkommen zur ersten Ausgabe meines neuen Newsletters. Mit diesem Newsletter im neuen Design möchte ich Sie und Euch fortan regelmäßig über meine parlamentarische Arbeit in Berlin informieren. Der frische grüne Rückenwind der gewachsenen Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und die anstehenden Regierungsbeteiligungen beflügeln auch unsere Arbeit in Berlin. Die grüne Stimme im Bundesrat wird damit noch wichtiger als bisher und das ist gut so!

Jetzt aber erstmal viel Spaß beim Lesen,

Ihre und Eure Maria Klein-Schmeink

Initiativen zu Patientenrechten, Prävention und Psychiatrie

Zöllers Vorschläge zu Patientenrechten sind zahnlos

In den für die Patienten zentralen Punkten sind die Vorschläge des Patientenbeauftragten enttäuschend, zumeist unverbindlich und zahnlos. Es wird tunlichst vermieden, die Ärzteschaft und die Krankenhäuser mit Pflichten zu konfrontieren. Die Koalition verweigert Opfern von Behandlungsfehlern eine faire Regelung ihrer Rechte. Die jetzt vorgelegten Eckpunkte zu Patientenrechten sind handwerklich so schlecht gemacht, dass sie sogar zu einer Schlechterstellung für die Patienten führen können.

[\[Pressemitteilung von Maria Klein-Schmeink\]](#)

Grüne Eckpunkte für ein PatientInnenrechtegesetz

Wir Grünen wollen die PatientInnen von Betroffenen zu Beteiligten machen. Deshalb ist die Stärkung von Autonomie und Selbstbestimmung von PatientInnen Ausgangspunkt unseres Vorschlags für ein Patientenrechtegesetz. Wir wollen die grundlegenden Rechte von Patientinnen und Patienten sowie die Rechte und Pflichten von ÄrztInnen und anderen HeilbehandlerInnen in einem eigenständigen Abschnitt des Bürgerlichen Gesetzbuches zusammenführen. Menschen, die durch einen medizinischen Behandlungsfehler gesundheitlich geschädigt wurden, müssen die Chance einer gerechten Entschädigung erhalten. Wir unterstützen deshalb u.a. die zusätzliche Einführung von Beweiserleichterungen bei einfachen Behandlungsfehlern und wollen ergänzend die Beweislastumkehr bei groben Behandlungsfehlern beibehalten.

[\[Kurzfassung Grüne Eckpunkte für ein PatientInnenrechtegesetz\]](#)

[\[mehr lesen im Fraktionsbeschluss\]](#)

Gesundes Aufwachsen für alle Kinder möglich machen

Für Gesundheitsförderung und gesundheitsbezogene Prävention von Kindern und Jugendlichen sind in Deutschland unterschiedliche Systeme verantwortlich, deren Schnittstellen und Übergänge nicht selten Versorgungsbrüche zur Folge haben. Der 13. Kinder- und Jugendbericht hat die wissenschaftlichen Erkenntnisse über anschlussfähige Konzepte zwischen den Systemen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit und Behindertenhilfe deutlich erweitert. Der Bericht benennt neben den leistungsrechtlichen Zuordnungs- und Abgrenzungsproblemen Defizite in der Zusammenarbeit der Leistungsträger und Leistungserbringer, die es zu lösen gilt. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich diesen anzunehmen.

[\[Antrag lesen\]](#)

Alarmsignal Burn-Out bei jungen Berufstätigen

Zwei Studien der Krankenkassen TK und DAK belegen, dass junge Berufstätige doppelt so häufig krank sind wie ihre älteren Kolleginnen und Kollegen und sie zunehmend an psychischen Erkrankungen leiden. Die Ergebnisse dieser Studien sind ein Alarmsignal. Dass bereits junge Menschen wenige Jahre nach ihrem Berufseinstieg vermehrt mit Anpassungsstörungen und Burn Out reagieren und jede und jeder Fünfte unter ihnen bereits an Rückenschmerzen leidet, zeigt den großen Handlungsbedarf für die Gesundheitsförderung und Prävention.

[\[Pressemitteilung Maria Klein-Schmeink\]](#)

Alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen von vielen Beschäftigten führen zu ausgeprägten gesundheitlichen Belastungen, die eine längere Lebensarbeitszeit erschweren. Steigende mentale Belastungen durch erhöhte Verantwortung, geringe Einflussnahme auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte, einseitige körperliche Beanspruchung ohne ausreichende Ruhepausen und Entlastungsmöglichkeiten sowie Stress, Verunsicherung und Entwertung des eigenen Arbeitsvermögens durch lange Phasen von atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen sind häufige Ursachen. Wir fragten die Bundesregierung, wie sie die Voraussetzungen für einen längeren Verbleib im Berufsleben schaffen und die Herausforderungen der Belastungen am Arbeitsplatz angehen will.

[\[Anfrage lesen\]](#)

[\[Antwort der Bundesregierung\]](#)

Wir brauchen endlich ein Präventionsgesetz!

Gutachten und Berichte, die den Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und geringeren Gesundheitschancen belegen, gibt es seit langem und zu Hauf. Was fehlt, ist eine Bundesregierung, die dies zum Anlass nimmt, strukturiert und nachhaltig dagegen vorzugehen in gemeinsamer Anstrengung mit Ländern und Kommunen. Deshalb fordern wir ein Präventionsgesetz, das die Gesundheitsförderung in Kitas, in Schulen, in Jugendeinrichtungen, in den Betrieben, für Arbeitslose und alte Menschen endlich auf eine verlässliche Finanzierungsbasis stellt und die Zusammenarbeit vor Ort regelt.

Unser Antrag „[Gesetzliche Grundlage für Prävention und Gesundheitsförderung schaffen - Gesamtkonzept für nationale Strategie vorlegen](#)“ (Drs.-Nr. 17/5529) fordert die Bundesregierung auf, endlich tätig zu werden und die Herausforderungen anzugehen.

Teufelskreis von sozialer und gesundheitlicher

Ungleichheit durchbrechen

Der enge Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitschancen ist seit Jahrzehnten bekannt und wurde im Bundestag anlässlich der Beratung der großen Anfrage zur gesundheitlichen Ungleichheit im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung debattiert. Aber anstelle von geeigneten Maßnahmen und Strategien standen in der Debatte leider nur Sozialneid- und Kommunismusdebatten, Praxisgebühr und Zusatzbeiträge im Zentrum. Was die Regierung im nächsten halben Jahr tun will, um die gesundheitliche Unterversorgung von sozial Benachteiligten anzugehen und sozial Benachteiligte besser mit Gesundheitsförderung und Prävention zu erreichen - davon war leider nichts zu hören.

[\[Rede Maria Klein-Schmeink im Bundestag am 27. Januar 2011\]](#)

Umsetzung des Entgeltsystems in der Psychiatrie nach § 17 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

Mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) vom 17. März 2009 wurde der Selbstverwaltung durch § 17d des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) der Auftrag erteilt, bis zum Jahr 2013 ein durchgängiges, leistungsorientiertes und pauschaliertes Vergütungssystem für voll- und teilstationäre Leistungen von psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen zu entwickeln. Der Arbeitskreis der Chefärztinnen und Chefarzte von Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie an Allgemeinkrankenhäusern hat sich mit Schreiben vom 12. Dezember 2010 an den Ausschuss für Gesundheit gewandt und die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Umsetzung des neuen Entgeltsystems in die falsche Richtung läuft. Wir fragten die Bundesregierung, mit welchen Konsequenzen sie auf Kritik aus der Fachwelt reagiert und haken nach, ob sie mit einem Umsetzungsgesetz korrigierend eingreifen wird.

[\[Kleine Anfrage lesen\]](#)

[\[Antwort der Bundesregierung\]](#)

Internes Fachgespräch Psychiatriepolitik

Bei der Entwicklung eines neuen Entgeltsystems in der stationären Psychiatrie wird das Leistungsgeschehen zur Versorgung psychisch Kranker aus Expertensicht nicht angemessen abgebildet. Die Reform des Entgeltsystems muss auch für personalaufwändige individualisierte therapeutische Leistungen in der Allgemeinpsychiatrie passende Abrechnungsmöglichkeiten vorsehen, um eine qualifizierte Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Ein internes Fachgespräch der Fraktion am 7. Februar mit einer hochkarätig besetzten ExpertInnenrunde bestätigte dies. Die eingeladenen ExpertInnen betonten, bislang würden zu viele psychiatrische Krankenhäuser weit unterhalb des nötigen Personalbedarfs arbeiten. Die neue Vergütungssystematik solle eine sektorübergreifende und personenzentrierte Behandlung ermöglichen. Damit würden Fehlanreize zur Ausweitung der stationären Versorgung verhindert und die Behandlung könne vermehrt in den ambulanten und teilstationären Bereich verlagert werden.

[\[Zum Bericht\]](#)

Weitere Initiativen aus dem Bereich Gesundheit

Prävention von Krankenhausinfektionen verbessern

Jährlich erkranken in Deutschland 500.000 bis 1 Million Menschen im Krankenhaus - mit zum Teil lebensbedrohlichen Folgen. Ursache für die Zunahme von multiresistenten Erregern in den

vergangenen Jahren waren einerseits unzureichende Präventions- und Kontrollmaßnahmen in stationären Einrichtungen. Die Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention (KRINKO) beim Robert-Koch-Institut werden in der Praxis bislang kaum oder nur teilweise umgesetzt. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf für ein Infektionsschutzgesetz vorzulegen, der ein Screening von RisikopatientInnen auf multiresistente Erreger vorschreibt und die Antibiotika-Resistenz-Strategie grundlegend überarbeitet sowie durch einen Aktionsplan Krankenhaushygiene ein gemeinsames Vorgehen aller Bundesländer zu erreichen.

[\[Antrag lesen\]](#)

[\[Rede im Bundestag am 24. März 2011\]](#)

Aktueller Stand der Umsetzung des Förderprogramms für zusätzliches Pflegepersonal in Krankenhäusern

Mit dem 2009 von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD beschlossenen Krankenhausfinanzierungsreformgesetz werden nach § 4 Absatz 10 des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) Neueinstellungen oder die Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen ausgebildeten Pflegepersonals in Krankenhäusern für die Jahre 2009 bis 2011 finanziell gefördert. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen danach 90 Prozent der entstehenden Kosten, 10 Prozent müssen die Krankenhäuser selbst aufbringen. Gut zwei Jahre nach Inkrafttreten des Programms mehren sich die Hinweise, nach denen die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel in Frage gestellt wird bzw. die Mittel nur sehr zurückhaltend abgerufen würden. Wir haben nachgehakt.

[\[Kleine Anfrage lesen\]](#)

[\[Antwort der Bundesregierung\]](#)

Aktualisierungsbedarf der gesetzlichen Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt

Vielen Schwangeren sind ihre Ansprüche auf die Unterstützung durch Hebammen in der Schwangerschaft, während der Geburt sowie in der Stillzeit nicht bekannt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Regelungen zu Schwangerschaft und Geburt für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherungen in der Reichsversicherungsordnung (RVO) faktisch nicht auffindbar sind. Die Regelungen der RVO werden weder der Praxis, noch den zeitgemäßen Anforderungen an eine gesetzliche Regelung gerecht. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen zeitgemäßen Gesetzentwurf vorzulegen.

[\[Antrag lesen\]](#)

Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen

Mit dem Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz (GMG) wurde im Jahr 2004 eine gesetzliche Grundlage zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen geschaffen. Die gesetzlichen Krankenkassen sind seitdem gemäß § 197a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) verpflichtet, organisatorische Einheiten einzurichten, die Fällen und Sachverhalten nachzugehen haben, die auf Unregelmäßigkeiten oder auf rechtswidrige oder zweckwidrige Nutzung von Finanzmitteln im Zusammenhang mit den Aufgaben der jeweiligen Krankenkasse oder des jeweiligen Verbandes hindeuten. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat dem Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages bislang zwei Erfahrungsberichte vorgelegt. Wir fragten nach weiteren Daten und Schlussfolgerungen der Bundesregierung.

[\[Kleine Anfrage lesen\]](#)

[\[Antwort der Bundesregierung\]](#)

Der Würde des Menschen verpflichtet – Präimplantationsdiagnostik (PID) gesetzlich verbieten

In der Debatte um die Präimplantationsdiagnostik spreche ich mich nach intensiver Abwägung gegen die Zulassung der PID aus, auch wenn ich sehe, dass damit ca. 200 bis 250 Paaren in Deutschland mit einer genetischen Veranlagung zu schwerwiegenden vererblichen Krankheiten eine Methode vorenthalten bleibt, vor einer Implantation diese Erkrankung für den Embryonen auszuschließen.

[\[Stellungnahme und Argumente lesen\]](#)

Termine

Grüner Ärztetag

Wo: Umweltforum Auferstehungskirche, Pufendorfstr. 11, 10249 Berlin

Wann: 14.05.2011, 10 Uhr bis 17:45

Infos [hier](#)

Fachgespräch Altersarmut - Gesichter und Handlungsansätze

Wo: Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.228, Dorotheenstr. 100, 10117 Berlin

Wann: 16.05.2011, 13 Uhr bis 17:45

Infos [hier](#)

Gesundheitstour in Mecklenburg-Vorpommern

Wo: Tagsüber besuchen die grünen MdBs Harald Terpe und Maria Klein-Schmeink das Institut für Community Medicine in Greifswald. Abends geht es zum Fachgespräch "Was muss das Versorgungsgesetz leisten" ins Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

Wann: 19. Mai 2011, 19 Uhr

Weitere Infos in Kürze [hier](#)

Gesundheitstour in NRW

Wo: Tagsüber besuchen die grünen MdBs Maria Klein-Schmeink und Harald Terpe gemeinsam mit Barbara Steffens, Gesundheitsministerin NRW, das Gesundheitszentrum für Migrantinnen und Migranten in Köln sowie das Franziskus-Hospital in Münster. Abends geht es dann zum Fachgespräch "Gesundheitliche Versorgung Älterer im Quartier sichern" in die Stadtbibliothek, Am Alten Steinweg 11, 48143 Münster

Wann: 1. Juni 2011, 19:30

Infos [hier](#)

Weitere Termine der grünen Gesundheitstour

Der Tag der Gesundheitsberufe am 24. September 2011 befindet sich derzeit in Planung. Weitere Tourstationen in den Bundesländern ebenfalls.

Infos und Rückblick auf die bisherigen Stationen [hier](#)

Fachgespräch 10 Jahre SGB IX

Wo: Die Bestandsaufnahme anlässlich des 10jährigen Jubiläums, die Diskussion des Handlungsbedarfes und der langfristigen Perspektiven findet statt in der Katholischen Akademie, Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin

Wann: 27. Juni 2011, 10 Uhr bis 14:30

Weitere Infos in Kürze [hier](#)

Grüne Zukunftskonferenz

Wo: Kosmos, Karl-Marx-Allee 131a, 10243 Berlin

Wann: 2. Juli 2011

Für eine breite Diskussion zu den wichtigsten Herausforderungen unserer Zukunft möchten wir die Türen öffnen und alle dazu einladen, sich auf unserer Zukunftskonferenz produktiv wie kritisch zu beteiligen. Für einen ersten inhaltlichen Input wurden 5 Zukunftsforen gebildet, die teilweise seit über einem Jahr bestehen. Themen: Demokratie, Europa, Gesellschaft, Kommunen, Ökologie.

Weitere Infos [hier](#)

HERAUSGEBERIN

Maria Klein-Schmeink, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik | 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 - 72307 | Fax: 030 / 227 – 76307

Mail: maria.klein-schmeink@bundestag.de

Redaktion: Christine Hopfgarten

Wahlkreisbüro in Münster

Windthorststr. 7 | 48143 Münster

Telefon: 0251 / 662280 | Fax: 0251 / 662296

Mail: maria.klein-schmeink@wk.bundestag.de

Homepage: www.klein-schmeink.de